



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der
Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1965

7. Arbeitsmedizin, Silikoseforschung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8246

stätte weiterhin so zu fördern, daß in absehbarer Zeit wenigstens ein Minimum an ärztlichen Psychotherapeuten und wissenschaftlich tätigen Nachwuchskräften ausgebildet werden kann.

Das Schicksal der drei wissenschaftlich ebenfalls produktiven Berliner und Hamburger Institute (b, c, und i) wird davon abhängen, ob es gelingt, ihren wissenschaftlich aktiven Bestand mit der jeweiligen Universität zu verschmelzen. Es wird daher empfohlen, die in dieser Richtung bestehenden Pläne nach Kräften zu fördern.

Die übrigen Institute (d, e, f, g, h, k), deren wissenschaftliche Kapazität und deren personelle Struktur sehr verschieden sind, sollten durch Gewährung eines laufenden Zuschusses die Möglichkeit erhalten, ihre mit verschieden starker Intensität betriebene Forschungstätigkeit zu aktivieren.

Das Institut für Sexualforschung an der Universität Hamburg ist eine kleine, aktive, als Einmann-Institut betriebene Forschungsstelle der „Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung e.V.“, die schon jetzt eng mit der Psychiatrischen Universitätsklinik in Hamburg zusammenarbeitet, in der sie auch räumlich untergebracht ist. Es wird empfohlen, das Institut — am besten als Abteilung dieser Klinik — in den Rahmen der Universität Hamburg einzubauen.

IX. 7. Arbeitsmedizin, Silikoseforschung

Die Hauptaufgabe der arbeitsmedizinischen Landesinstitute besteht — neben der Ausbildung von Werkärzten — darin, die im Arbeitsbereich der Staatlichen Gewerbeärzte anfallenden Routineuntersuchungen auf den Gebieten der Berufskrankheiten und Gewerbehygiene durchzuführen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe stellen sich vor allem infolge des ständigen Wechsels der von der Industrie angewandten Produktionsmethoden immer wieder neue Probleme, die gelöst werden müssen, um die von den Gewerbeärzten zu fällenden Entscheidungen vorzubereiten. Aus dieser täglichen Praxis der Institute wird es notwendig, Forschung auf den verschiedensten, die Arbeitsmedizin berührenden Gebieten zu betreiben.

Da die Universitäten in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu den Verhältnissen in fast allen anderen Ländern — noch nicht über arbeitsmedizinische Forschungsstätten bzw. Kliniken verfügen, sind die arbeitsmedizinischen Landesinstitute bis jetzt die einzigen Institutionen, die für die Übernahme dieser Aufgabe in Frage kommen. Daß die meisten von ihnen dafür nicht ausreichend ausgestattet sind, steht angesichts der geringen, für die Forschung verfügbaren Mittel außer Zweifel und dürfte nicht zuletzt auf die nicht immer positive Einstellung der vorgesetzten Behörden zu der Durchführung von Forschungsarbeiten zurückzuführen sein. Es wird deshalb empfohlen,

die Forschung auf dem Gebiete der Arbeitsmedizin als zum Aufgabenbereich der Institute gehörig anzuerkennen und dafür einen Etat zur Verfügung zu stellen, der den wissenschaftlich interessierten Mitgliedern der Institute die Möglichkeit gibt, neben den Routineuntersuchungen Forschungsaufgaben durchzuführen.

Bei der Festsetzung der Höhe des Etats sollte in Rechnung gestellt werden, wie weit es den Instituten schon jetzt trotz der sehr bescheidenen Mittel gelungen ist, wissenschaftliche Aktivität zu entfalten. Unter diesen Gesichtspunkten sind als besonders förderungswürdig das Arbeitsmedizinische Institut in Bochum (Nr. 153), das Institut für Arbeitsmedizin in Düsseldorf (Nr. 155) und das Niedersächsische Landesverwaltungsamt — Arbeitsmedizin und Gewerbehygiene — in Hannover (Nr. 156) zu betrachten.

Neben den arbeitsmedizinischen Landesinstituten sollten eine Reihe von Forschungsinstituten mit arbeitsmedizinischen Kliniken an den durch ihre Lage in einem Industrie- oder Bergbaugebiet besonders geeigneten Universitäten eingerichtet werden.

Die Bedeutung der Silikoseforschung wird durch die Vielzahl der von der Berufskrankheit Silikose Betroffenen und die Höhe der an diese zu zahlenden Entschädigungsleistungen unterstrichen. Die Erforschung dieser Erkrankung hat jedoch nicht nur finanzielle, soziale und arbeitsmedizinische Aspekte; sie ist darüber hinaus zum Schrittmacher für eine viele Zweige der Medizin und Biochemie umfassende Grundlagenforschung auf den Gebieten der Physiologie und Pathologie des Bindegewebes geworden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich in den letzten Jahren eine zunehmende Zahl von Instituten in und außerhalb der Hochschulen mit den einschlägigen Problemen beschäftigt und daß auf diesem Gebiet eine vorbildliche unbürokratische Form der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen erreicht werden konnte.

Das leistungsfähigste Institut dieser Gruppe ist das Silikose-Forschungsinstitut der Bergbau-Berufsgenossenschaft in Bochum (Nr. 154), das aus einer medizinischen, einer pathologisch-anatomischen, einer physikalischen, einer chemischen und einer technischen Abteilung besteht und seit seiner Gründung im Jahre 1949 hochqualifizierte Arbeit auf den verschiedenen Gebieten der Silikose geleistet hat. Es ist hervorragend ausgestattet und zur Zeit mit Forschungsmitteln ausreichend versehen. Seine weitere Förderung nach Maßgabe des ständig wachsenden Aufgabenkreises kann in jeder Beziehung empfohlen werden. Vor allem aber sollte versucht werden, im Interesse des Gesamtgebietes der Arbeitsmedizin einen Anschluß des Instituts an die im Aufbau befindliche Universität in Bochum dadurch zu

erreichen, daß dort ein Lehrstuhl für Arbeitsmedizin errichtet und mit dem Institut verbunden wird. Auf diese Weise könnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, der lange vernachlässigten arbeitsmedizinischen Forschung die ihr gebührende Förderung zukommen zu lassen.

Die Arbeitsgemeinschaft Silikoseforschung der Medizinischen Forschungsanstalt der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen (Nr. 130), die sich vor allem mit Fragen der Biochemie des Bindegewebes und der Festkörperbiologie beschäftigt, ist stärker noch als das Bochumer Institut der medizinischen Grundlagenforschung verschrieben. Sie hat als Zentrum der theoretischen Silikoseforschung eine wesentliche Funktion und verdient uneingeschränkte Förderung.

Als dritte auf dem Gebiete der Silikoseforschung tätige Forschungsstätte ist das Institut für Kolloidforschung in Bad Homburg v. d. H. (Nr. 151) zu nennen, dessen Rechtsträger die Stiftung für Kolloidforschung in Frankfurt ist, dessen Forschung jedoch von der Universität Frankfurt, der Bergbau-Berufsgenossenschaft und anderen Organisationen finanziert wird. Da die zur Verfügung stehenden Mittel seit Jahren äußerst bescheiden sind, ist die wissenschaftliche Kapazität des Instituts sehr gering. In Anbetracht der Anregungen, die von dem Institut ausgehen, sollte sein Fortbestand jedoch durch Gewährung eines ausreichenden, regelmäßigen Etats gesichert werden.

IX. 8. Physikalische Medizin, Balneologie, Bioklimatologie

Der Errichtung von Forschungsinstituten in den Heilbädern und Kurorten liegt einerseits das Bedürfnis zugrunde, die in ihnen angewandte, auch heute noch weitgehend empirische Therapie wissenschaftlich zu fundieren, andererseits der mehr „optische“ Aspekt, das Ansehen der betreffenden Bade- oder Kurorte in den Augen der Ärzte und Patienten zu heben. Da somit bei der Forschungsförderung vorwiegend lokale Interessen im Spiele sind, ist es verständlich, daß statt einiger leistungsfähiger zentraler Forschungsstätten eine große Reihe kleiner und sehr kleiner Institute gegründet wurde. Zugleich ergab sich eine weitgehende Bindung der Institute an die lokalen Bäderverwaltungen, die zumindest grundsätzlich keine idealen Voraussetzungen für die Unabhängigkeit der Forschung garantiert. Beide Gründe haben dazu geführt, daß viele dieser Institute an Nachwuchsmangel leiden und daß die wenigen an ihnen tätigen Wissenschaftler allzu stark in die Zweckforschung eingespannt werden und den Kontakt mit der Grundlagenforschung mehr und mehr verlieren.

Es wird deshalb allgemein empfohlen, die Bindung der Institute an die Bäderverwaltungen weitgehend zu lösen und sie je nach Möglichkeit als Abteilungen oder Außenstellen in die entsprechenden